Anhang **182.24** zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,

die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

0000000000000000000000000000000000000000000000000000

Hinweise

auf die Zusammenarbeit
von
Freiwirtschaftlern
in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
und Ludwig Erhard.

Pressestimmen aus dem Jahr 1951 zur
Magna Charta
der Sozialen Marktwirtschaft

Hinweise
auf Ordoliberalismus und Freiwirtschaft
>Freiheit oder?<

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur
„Sozialen Marktwirtschaft"
Eine Denkschrift für Otto Lautenbach
von Ernst Winkler

Ein Nachruf für Dr. Ernst Winkler
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung:
Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz

Teil der Unterlagen zum Text 162.1 Teil I / 162-2 Teil II / 162-3 und 162.4
März 2019

1. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft / Geschichte (Internet)
2. "Außerparlamentarischer Wachhund"? Julian Dörr / Maimilian Kutzner
3. Das aktuelle europäische Interesse an der ordoliberalen Tradition
4. Verschiedene u.a. Oswald von Nell-Breuning "Arbeitetet der Mensch zu viel?"
5. *Währung und Wirtschaft* Sonderheft und Auszüge. Erhard ... Lautenbach
6. Soziale Marktwirtschaft "Aus Politik und Zeitgeschichte / April 1988
7. Die Machtmittel der Notenbank aus *Geist und Tat,* September 1949

WÄHRUNG UND WIRTSCHAFT

UNABHÄNGIGES FORUM

HERAUSGEBER:
LUDWIG ERHARD,
ERWIN HIELSCHER, MAX SCHÖNWANDT

HEFT 22 • JAHRGANG 1950/51

SONDERHEFT

Von der „Umlaufsgeschwindigkeit" des Geldes

Aus Zeitschrift "Währung und Wirtschaft".
Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik.

Herausgeber: Ludwig Erhard, Erwin Hielscher, Max Schönwandt

unter Mitwirkung von Wilhelm Kromphardt und Otto Lautenbach (bis zum 5. Heft 1949)

Heft 19, Juni 1950

Irrtum lockert Irrtümer

„Die „Bibel" der Freiwirte" neu herausgegeben

X *SILVIO GESELL: Die natürliche Wirtschaftsordnung.* 9. Auflage, bearbeitet von Karl Walker. *Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg.* 1950. 391 S. kart. 7,50 DM, geb. 10,50 DM, Liebhaber-Ausgabe (auf holzfr. Papier) 13,50 DM.

Hand aufs Herz: Wer von uns, die wir über sie urteilen und sie zitieren, hat wirklich *Adam Smith, Karl Marx, Silvio Gesell, John Maynard Keynes* gelesen, wer liest wirklich auch nur die BIBEL (von PLATO und AUGUSTIN ganz zu schweigen)?!* Wir nehmen Meinungen und Urteile an statt zu den Quellen zu gehen. Daher zum großen Teil die Oberflächlichkeit und Blindheit gegenüber den *wirklichen* Problemen unsres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens, die Gebundenheit im *Dogma* und die oft beschämende Unwissenheit. Sie sind wohl auf keinem Gebiet so verbreitet und so verheerend wie dem des Geldwesens. Von der jeweils herrschenden Meinung abzuweichen, gilt als Verstoß gegen die gute Sitte, als Ketzerei, die nicht vergeben werden kann. Kein Unterschied der politischen Überzeugungen trennt so unerbittlich wie (von beiden Seiten aus) das *Dogma der Geld-Theorie.* Dabei kann es hier weder Offenbarung noch Dogma geben. Wenn schon unsre Vorstellungen von der Natur ständigen Wandlungen unterworfen sind, so dürfen wir von denen unsres geistigen und gesellschaftlichen Lebens erstrecht keine Starrheit erwarten. Sie sind mehr oder weniger brauchbare *Hilfen* und das Beste, was man von einer von ihnen sagen kann, ist daß sie zur Entfaltung der nächsten beigetragen habe. Erinnern wir uns, daß das Weltbild des ARISTOTELES zwar völlig überholt ist, aber doch in seinem Wesens-Kern eine Auferstehung grade in der jüngsten Lehre der Naturwissenschaften fand.

Wer sich damit begnügt, über das *Schwundgeld* von *Silvio Gesell* zu lächeln, sollte sich nicht einbilden, etwas vom Gelde zu wissen und berufen zu sein, anderen etwas über dies *„verflucht und zaubrisch Wesen"* zu sagen oder gar, es zum Besten seines Volkes oder der Menschheit handhaben zu können. So wie man *Keynes* immer wieder und zwar sehr genau lesen muß um seine Wirkung zu verstehen und die gröbsten Fehler in Theorie und Praxis zu vermeiden, so darf man sich auch nicht mit Meinungen über *Silvio Gesell* oder Auszügen aus seinen Büchern begnügen. *„Die natürliche Wirtschaftsordnung"* war allerdings lange nicht zu haben. Es ist sehr zu begrüßen, daß sie wieder in vollem Wortlaut vorliegt, ergänzt durch die Vorworte zu den von *Silvio Gesell* selbst besorgten Auflagen, durch einen Anhang und durch Anmerkungen des Herausgebers *Richard Batz.*

Wer auch nur ein loses Interesse an den Fragen der Wirtschaft und des Geldes hat, muß dieses Buch tatsächlich genau kennen. Gewiß: es enthält viele Fehler und oft seitenlange Stellen ohne grundsätzliche Bedeutung und Interesse. Daß diese nicht fortgelassen wurden, ist zu bedauern, aber erklärlich: grade wenn jemand, der etwas zu sagen hat — und das hat *Silvio Gesell* —, von der Fachwissenschaft nicht ernst genommen wird, erheben seine Anhänger ihn leicht zum Propheten. Aber was die Irrtümer und Fehler betrifft, so werden sie bei weitem aufgewogen durch die *Erkenntnisse und Anregungen,* mit denen dieser eigenwillige Geist ein Gebiet durchdringt, dessen Wesen eben dunkel und wechselnd ist. Was im letzten Jahrhundert sonst über das Geldwesen veröffentlicht wurde, war fürwahr nicht weniger behaftet mit krassen Irrtümern und weit mehr verstrickt in Vorurteile.

Was *Silvio Gesell* wie kein andrer klar erkannt und anschaulich dargestellt hat, sind die *Mängel des heutigen Geldsystems,* mag es an das Gold gebunden sein oder nicht. Die Vereinigung von Zahlungs- und Sparmittel mußte sogar dann zu Störungen des Wirtschaftsablaufs führen, als das Geld noch eine Ware war. Es ist gleichgültig, ob man dabei die Gefahren der *Hortung* des Geldes für größer hält oder die seiner *Enthortung.* Durch beide Willkür-Handlungen des Geldbesitzers wird die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft gestört und die Ergiebigkeit der Arbeit beeinträchtigt. Es ist eine Illusion, bei dem heutigen Geld-System die Spar- und Entspar-Vorgänge (in

b. W.

Geld) durch Kredit-Ausweitung und -Einschränkung kompensieren zu können. Die Geldmengen-Politik ist bei diesem System tatsächlich unwirksam. Bei einem *Schwundgeld* wäre das ganz anders. Aber es würden nicht die Wirkungen eintreten, die *Silvio Gesell* und seine Anhänger erwarten. Der Schwund würde sogar die Eigenschaft als Tauschmittel stören (dasselbe gilt vom „Umlaufs-Antrieb", der jetzt anstelle des Schwunds empfohlen wird). Schon garnicht würde durch eine Änderung des Geld-Systems der *Zins* verschwinden. Geld mit Hortungs-Nachteil wäre eine ungeheure Verbesserung der Verkehrswirtschaft — das wirtschaftliche Paradies und die menschliche Freiheit würden dadurch aber nicht herbeigeführt und gesichert.

Mag sein, daß die übertriebenen Erwartungen, die *Silvio Gesell* und noch mehr seine Anhänger an die Beseitigung der Sparmittel-Eigenschaft des Geldes knüpfen, daß die tatsächlich falschen Vorstellungen von einer Anspornung der produktiven Arbeitsteilung durch den Wertverlust des Geldes diejenigen abgeschreckt haben, sich ernsthaft mit *Silvio Gesell* zu beschäftigen, die auf jeden Fall das Bestehende für das Beste halten. Wenn man von solchen Maßstäben ausgeht, dürfte man überhaupt kein volkswirtschaftliches Lehrbuch, am wenigsten aber irgendwelche Darstellungen über das Geldwesen noch ernst nehmen und lesen. In keinem kann man nur Richtiges erfahren, von *Silvio Gesell*'s „Natürliche Wirtschaftsordnung" aber doch *sehr viel* davon. Und vor allem in einer Darstellung, die grade da lesenswert ist, wo sie zum Widerspruch Anlaß gibt, die nirgends die Verbindung mit der Wirklichkeit und die Kraft der Sprache verliert.

Silvio Gesell's Lehre darzustellen und in Verbindung zu bringen mit denen andrer Denker, die nicht weniger als er wirklich etwas vom Geld wissen, sie auf ihre Richtigkeit und Brauchbarkeit zu prüfen, ist bisher kaum ernsthaft versucht worden. Es kann auch nicht mit obigen Zeilen unternommen werden. Ihr Zweck ist vielmehr: für das aufmerksame Lesen, für das eingehende Studium von *Silvio Gesell* zu werben (so wie in anderm Zusammenhang für das der Werke von *Keynes* oder *Adam Smith* oder *Karl Marx* geworben werden muß um zu einem begründeten und selbständigen Urteil zu führen).

WIRTSCHAFTSLITERATUR

DEHLINGER, Alfred: Reichsrecht, Bundesrecht, Besatzungsrecht und völkerrechtliche Verträge seit 1867. Systematische Übersicht. 23. Auflage nach dem Stand vom 1. Januar 1950. *W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart und Köln.* 1950. DIN A 4. 86 S. kart. 7 DM.

GESSLER-HEFERMEHL-HILDEBRANDT-SCHRÖDER: Kommentar zum Handelsgesetzbuch. 1. Lieferung §§ 1 bis 55. 2. neubearbeitete Auflage. *Verlag für Rechtswissenschaft vorm. Franz Vahlen GmbH. Berlin und Frankfurt/M.* 1950. 308 S. brosch. 15 DM.

SOZIALPROBLEME IM BETRIEB. Herausgeg. von Hergt, *Wilhelm.* Mit Beiträgen von: *v.* Eckardt, *Hans* - Luchsinger, *W.* - Bird, *Dillard E.* - Sitzler, *N. Friedrich* - Sauerbrei, *Max* - Dännemark, *Diedrich* - Weiß, *Albrecht.* 1. Beiheft zu MENSCH UND ARBEIT. *Verlag Wilhelm Steinebach München.* DIN A 5. 63 S. geh. 3,40 DM.

SELIGER, Karl-Gerhard: Das ausländische Privateigentum in der Schweiz. Rechtsstellung und Rechtsschutz gegenüber dem angelsächsischen und deutschen Kriegsrecht des 2. Weltkrieges. *Verlag Wilhelm Steinebach, München.* DIN A 5. 267 S. brosch. 11,20 DM.

SCHIECKEL, H.: Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Kommentar. Stand 15. Januar 1949. *Verlag Wilhelm Steinebach München.* DIN A 5. 256 S. brosch. 8,80 DM.

PENTZLIN, Kurt: Rationelle Produktion. Methodik, Grundregeln und praktische Beispiele. 2. geänderte und erweiterte Auflage. *Karl Basch Verlag Kassel.* 1950. DIN A 5. 200 S. Ganzleinen 10,50 DM.

MINZENMAY, Eugen: Eine neue Lebensordnung. *Verlag Wilhelm Steinebach München.* 1949. DIN A 5. 118 S. brosch. 3,25 DM.

ERNST WINKLER / ALEXANDER RUSTOW / WERNER SCHMID
OTTO LAUTENBACH

Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft

Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November 1951 in Heidelberg gehalten wurden
(Wiedergabe nach der Dimafon-Aufnahme)

VITA-VERLAG / HEIDELBERG-ZIEGELHAUSEN

1952

PRESSESTIMMEN

Eine „Magna Charta der Marktwirtschaft"

Der Freiwirtschaftsbund hat auf seinem Bundestag in Heidelberg eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" bekanntgegeben, die von den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes erlassen und von der Bundesregierung innerhalb von drei Jahren durch Gesetze verwirklicht werden soll. Der Freiwirtschaftsbund wurde nach dem Kriege in Stuttgart neu gegründet und vertritt die Ideen von Silvio Gesell und wünscht eine „echte soziale" Marktwirtschaft. In der Charta wird unter anderem gefordert, daß die staatlichen Organe sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung soll ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Einkommen decken. Die Märkte für sämtliche Waren und Dienstleistungen einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen. Es sollen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben werden, abgesehen von dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung soll keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen erlassen, keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenwirtschaft ist aufzuheben und der Wechselkurs der Währung ist der Kaufkraftparität zu überlassen.

Die Notwendigkeit eines solchen umfassenden Gesetzes wurde damit begründet, daß bei der engen Verflechtung zwischen Staats- und Wirtschaftsform den in der Verfassung niedergelegten Menschenrechten ein realer Inhalt gegeben werden müsse. Weiter seien die Gegner der sozialen Marktwirtschaft heute schon dazu übergegangen, sie für Mißstände auf Gebieten verantwortlich zu machen, auf denen sie noch gar nicht eingeführt sei. Durch die punktuelle Arbeitsweise der Bonner Regierung und die Beschränkung auf Einzelmaßnahmen, die zumeist unter den wechselnden politischen und wirtschaftlichen Machtkonstellationen zustande kämen, könne eine grundsätzliche und über den Tag dauernde gültige Ordnung nicht erreicht werden. Die beispiellosen Erfolge, die mit der sozialen Marktwirtschaft erzielt worden seien, seien der Beweis dafür, daß sie imstande sei, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich zu ermöglichen und den von Westdeutschland verlangten Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Mit den Parteien des Bundestages und den Bundestagsabgeordneten, soweit sie sich zum Gedanken der Marktwirtschaft bekennen, sollen Besprechungen aufgenommen werden, um eine entsprechende Gesetzesvorlage

in das Parlament einzubringen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung hatten das Vorstandsmitglied Dr. Ernst Winkler (München), Gastreferent Professor Rüstow (Heidelberg) und Nationalrat Schmid (Zürich) in ihren Referaten ein geschlossenes Bild einer marktwirtschaftlichen Konzeption vorgetragen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland Nr. 264, 12. Nov. 1951

*

Freiwirtschaftler fordern konsequente Marktwirtschaft

Mit Vorschlägen für eine konsequente Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft beschäftigte sich die Bundestagung 1951 des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November in Heidelberg-Ziegelhausen.

Der Freiwirtschaftsbund, der sich u. a. vor einiger Zeit mit einem „Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark" an die Öffentlichkeit gewandt hat, möchte zwischen dem traditionellen Wirtschaftsliberalismus mit seiner notwendigen Folge der Monopolbildung und der staatlichen Eingriffe zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen einerseits und der die Freiheit des Individuums beschneidenden staatlichen Zwangswirtschaft andererseits einen Mittelweg aufzeigen. Seine Anhänger treten dafür ein, bei sonst größtmöglicher Wirtschaftsfreiheit dem Staat als einzigem Monopol die Überwachung der Währung und des Bodens zu übertragen. Damit soll die Bildung von „arbeitslosen Einkommen" verhindert und das umlaufende Geld in Tempo und Menge so reguliert werden, daß ein gleichbleibender durchschnittlicher Preisstand aller Waren gewährleistet ist.

Diese auf den „Schwundgeldplänen" Silvio Gesells sowie auf der „Indexwährung" Irving Fishers fußenden Vorschläge, die im Verlauf der Tagung von den Freiwirtschaftlern Otto Lautenbach (Heidelberg), Dr. Ernst Winkler (München) und Nationalrat Werner Schmid (Zürich) verfochten wurden, finden bei Wirtschaftstheoretikern und Praktikern nur geteilten Beifall.

Als Vertreter der neo-liberalistischen Wirtschaftstheorie hob Univ.-Prof. Dr. Alexander Rüstow (Heidelberg) in einem ausgezeichneten Vortrag vor den Tagungsteilnehmern die gemeinsame Zielsetzung der sozialen Marktwirtschaft hervor. Er betonte, daß nicht nur die totale Zwangswirtschaft nach Moskau führe und eine schrittweise Sozialisierung, wie sie in England begonnen worden sei, denselben Weg — wenn auch langsamer — leite, sondern daß auch der traditionelle Liberalismus den Keim zum Staatszwang in sich trage. Er führe zu Machtzusammenballungen, die die freie Konkurrenz untergraben, veranlasse die wirtschaftlich Schwachen, den Staat zu Hilfe zu rufen und trage so zu einem stärkeren Staatseingriff bis zur völligen Verstaatlichung bei.

Der Neo-Liberalismus trete für eine Gleichheit der Chancen aller Menschen ein. Dazu gehöre als grundlegende Forderung u. a. eine wirksame Antimonopolgesetzgebung. Er befürworte ferner die Verwirklichung der freien Märkte auf allen Gebieten der Wirtschaft, damit nicht, wie etwa

bei der geplanten Investitionsanleihe ein kranker Teil der Wirtschaft von einem gesunden unterstützt werden müsse.

In einer „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft", die auf der Tagung vorgelegt wurde, stellt der Freiwirtschaftsbund folgende Forderungen: Die Bundesregierung solle ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Einkommen decken. Die Märkte für sämtliche Waren und Dienstleistungen einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen. Es sollen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben werden, abgesehen von dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung soll keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen erlassen, keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenbewirtschaftung ist aufzuheben. Der Wechselkurs der Währungen wird von der Kaufkraftparität bestimmt.

Die Neue Zeitung Nr. 266, 12. November 1951

*

Sicherheit und Freiheit

Liberalismus vor schwerwiegenden Entscheidungen

In der „Stiftsmühle" in Ziegelhausen fand am vergangenen Wochenende der Bundestag 1951 des Freiwirtschaftsbundes statt. Männer der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens beleuchteten das Problem menschlicher Freiheit, ihrer Grenzen und ihrer Bedrohung. Der Kreis der Gedanken führte von der theoretisch-geistigen Seite der Philosophie bis zu den Forderungen an die Praxis der Politik.

Es war vielleicht der nachhaltigste Eindruck dieser Tagung, als festgestellt wurde, daß der Liberalsmus, der die Freiheit und Würde des Menschen erstmalig auf sein Panier geschrieben hatte, gleichzeitig auch ihren Todeskeim säte: Denn er stellte mit der Befreiung von alten Schranken des Handelns auch gleichzeitig die Frage nach den Grenzen der Freiheit überhaupt. Die Macht der Stände wurde gebrochen, aber aus der Uneingeschränktheit des Handelns wuchs die Gefahr der Hemmungslosigkeit machtgieriger Persönlichkeiten und Institutionen: die Herrschaft der Monopole. Die Menschheit, von einem jahrhundertealten Druck erlöst, mußte sich unter ein neues Joch beugen. So entstand aus dem ursächlichen Zusammenklang von Liberalismus und sozialem Denken die Polarität von Liberalismus und Sozialismus und damit der Versuch, aus diesem Dilemma durch die Schaffung einer neuen Ordnung herauszukommen. Der Sozialismus schuf, so wurde erläutert, bei seinem Versuch, die Freiheit des Menschen zu retten, eine Ordnung. Aber der Mensch ist dynamisch und jede Ordnung zwangsweise statisch. Die Suche der Philosophen, einen Ausgang aus diesem Widerspruch zu finden, überträgt sich auch in den politischen Raum.

Dieser, zunächst rein theoretischen Problematik waren die Vorträge des ersten Tages gewidmet. Die Freiheit des einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Mitmenschen gefährdet ist, wurde definiert. Aber gleichzeitig

wies Dr. Ernst *Winkler* (München-Gräfelfing) auch auf die gefährliche Verallgemeinerung hin, die in dem Schlagworte liege: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Denn worin, so fragte er, solle das Wohl der Gemeinschaft bestehen, wenn nicht im Wohlergehen des einzelnen. Die Gerechtigkeit lasse sich also nicht dahingehend definieren, daß man sage „Jedem das Gleiche", sondern vielmehr in dem alten lateinischen „Suum cuique" (Jedem das Seine). Man müsse den Liberalismus von der Entartung des Monopolkapitalismus befreien, wenn man zu der ursprünglichen Einheit von Sozialem und Liberalismus zurückkehren wolle.

Diese Gedankengänge übertrug Univ.-Prof. Dr. Alexander *Rüstow* (Heidelberg) in das Praktische, als er die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Planung und ihre Konsequenzen grundsätzlich untersuchte. Wenn sich ein Volk für eine politische Form entschieden habe, so bleibe ihm gar keine Wahl in der Form seiner Wirtschaft; denn es gebe nur ein Entweder-Oder. Entweder die Freiheit oder den staatlichen Zwang. Alle Zwischenformen aber könnten nur zum Zwange der Organisationen über das Individuum führen, ob man nun den „historischen" Weg des Liberalismus über die Monopole oder eine „teilweise" Sozialisierung wähle — jeder dieser Wege führe am Ende — nach Moskau.

Diese Fragen an der Praxis der Politik zu erläutern, unternahm der schweizerische Nationalrat Werner *Schmid* (Zürich) in seinem Vortrag über „Freiheitliche Außenpolitik". Gerade in der Außenpolitik zeige sich die Gefahr, daß eine Bürokratie zum Selbstzweck werden könne. Selbst das schweizerische Lexikon definiere den Begriff „Außenpolitik" als ein Monopol der Staatsbehörde, die das Problem der Unabhängigkeit und der zwischenstaatlichen Beziehungen lösen solle. Die Gefahr, daß solcherart die wichtigsten Beziehungen unter den Völkern und damit unter den Menschen in die Hände von Verwaltungsbeamten anstatt vorausschauender Persönlichkeiten geraten könnten, liege auf der Hand. Das Schicksal des Völkerbundes habe gezeigt, wie im entscheidenden Augenblicke in solchen Fällen die Diskussion an Stelle der notwendigen Tat getreten sei und damit das ganze System ad absurdum geführt habe.

Demgegenüber zeige das russische Experiment, daß die Planwirtschaft in jedem Falle eine tödliche Gefahr für die Freiheit des Individuums, für die Außenpolitik und damit für den Frieden der Menschheit überhaupt sei. Um eine Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen, müßten die Grenzen geöffnet werden, Handel und Verkehr wirklich in Freiheit möglich sein. Es sei dazu auch nötig, dieses System gegen die Bedrohung durch Zwangssysteme zu schützen, weil sie unerbittlich auch nur die Möglichkeit einer künftigen Entwicklung unterbinden würden. Als das Programm des Liberalismus, das dann durch den Vortrag Otto *Lautenbachs* über die „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" noch detailliert ausgeführt wurde, erklärte Nationalrat Schmid: Absolute Anerkennung der Menschenrechte, Selbständigkeit der Völker und Recht auf ihre Eigenart, Lösung der sozialen Frage mit der liberalen Methode der sozialen Marktwirtschaft, Freiheit des Devisenverkehrs und der Wechselkurse, Liberalisierung des Handels, des Verkehrs, des Informationsdienstes, Förderung aller freiheitlichen Bestrebungen, gemeinsame Verteidigung gegen totalitäre Systeme

und deren Aggressionen. Niemals dürfe die Frage lauten: Freiheit oder Sicherheit, wie sie durch die heutige Weltlage aufgeworfen sei. Es gebe nur eine Entscheidung: Freiheit *und* Sicherheit.

Heidelberger Tageblatt Nr. 265, 13. November 1951

*

Nicht alle Wege führen nach Moskau

Zu der Jahrestagung des Freiwirtschaftsbundes in der Stiftsmühle waren mehr Gäste gekommen, als man erwartet hatte. Vertreter von Ministerien, von der Bank deutscher Länder, von Wissenschaft und Wirtschaft, von Handwerkskammern und Girozentralen, Männer aus Bonn und aus Bern trafen sich hier unter der Devise der sozialen Marktwirtschaft. Dabei war deutlich zu merken, daß man keineswegs in der Absicht gekommen war, wohlmeinende Resolutionen zu fassen, und dann im Bewußtsein vollbrachter Tat heimzureisen; daß keine einseitigen Interessengruppen — etwa die Industrie — angesprochen oder gar verteidigt werden sollten, sondern daß man sich ehrlich um die Verwirklichung einer freien Lebensordnung bemühte. Bei dieser Herausarbeitung eines Aktionsprogramms entstanden oft Gegensätze zu dem, was sonst in Politik und Wirtschaft getan und auf Universitäten gelehrt wird, und diese fruchtbare Spannung bildete den eigentlichen Reiz dieser Tagung.

Bundeswirtschaftsminister Erhard mußte in letzter Minute abtelegrafieren, und so fehlte am ersten Tage das Gegengewicht der Praxis. Die theoretische Grundlegung vollzog sich in zwei Vorträgen. Dr. Ernst *Winkler* (München) vom Bundesvorstand referierte eindringlich über „Persönliche Freiheit und Sozialordnung". Seine Definition ‚Gerechtigkeit heißt jedem das Seine, nicht jedem das Gleiche geben', wandte sich gegen sozialistische Tendenzen, seine Forderung nach mehr Freiheit in der Wirtschaft gegen den entarteten Liberalismus, der sich mit dem Kapitalismus verquickt hat. Schafft Monopole und Trusts ab, und eine wahrhaft freie Wirtschaft wird auch sozial sein; überlaßt dem Staat nur die Rechtsordnung, dann wird das Volk vom Druck der Bürokratie befreit aufatmen.

Prof. Alexander *Rüstow* (Heidelberg) unternahm den Versuch eines Brückenbaues. Eine Einigung im wirtschaftlichen Denken des Westens sei unabdingbar, auch wenn sich kein Programm hundertprozentig durchführen lasse. Er zeichnete im Verlauf seines hochinteressanten Vortrags die zwangsläufigen Verbindungslinien zwischen Wirtschaftsordnung und Staatsform nach, und stellte vier verschiedene Möglichkeiten des Weges auf, den wir gehen können. In scharfsinniger Analyse bewies er, daß drei davon unweigerlich früher oder später nach Moskau führen und bezeichnete die soziale Marktwirtschaft als den einzig möglichen Ausweg. Er forderte eine wirksame Antimonopol-Gesetzgebung, die ein Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Unternehmer sein werde, lehnte es aber im übrigen ab, den Staat in die gefährliche Rolle eines Ringrichters für Kämpfe der Sozialpartner zu drängen.

Nach diesem Übergang ins konkrete Gebiet sprach am anderen Tag Nationalrat Werner *Schmid* (Zürich) über „Freiheitliche Außenpolitik". Sein mit großem Beifall aufgenommener Vortrag forderte eine unberührbare Individualsphäre, denn nur aus dem Nationalen könne sich die Europaidee entfalten. Er prophezeite den unaufhaltsamen Zerfall der Kolonialreiche und forderte Westdeutschland auf, sich in die Front der Verteidigung einzureihen. Voraussetzung für ein gesundes Europa sei die absolute Freiheit des Verkehrs und des Handels, und darüber hinaus die Lösung der sozialen Frage durch Mehrproduktion in der sozialen Marktwirtschaft.

Den Kernpunkt der Tagung bildete die Innenpolitik. Otto *Lautenbach* vom Vorstand des Freiwirtschaftsbundes entwickelte eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft". Wir müßten aus der Verwirrung unserer tatsächlichen Lebensverhältnisse herauskommen. Dazu dienten zuerst eine radikale Steuervereinfachung, die Freigabe und das Auspendelnlassen aller Preise; Mehrproduktion sei noch wichtiger als gerechtes Verteilen. Er setzte sich für eine verfassungsrechtliche Formulierung der freien Marktwirtschaft ein, denn wir stünden vor einer grundsätzlichen Entscheidung und hätten noch einmal die Chance, eine Neuordnung aufzubauen, die nicht zum Kommunismus führe.

In der Diskussion gab es mancherlei verschieden schattierte Ansichten. Die Verwendung Minister Erhards als Kohlen- und Eisenhändler wurde scharf kritisiert, man müsse ihm endlich einmal soviel Freiheit lassen, wie er zum vollen Funktionieren seines Systems benötige. Vorträge von Friedrich *Salzmann* (Bern) über die internationale Freiwirtschaftsbewegung und von Otto Lautenbach über die neue Politik im veränderten Kapitalismus rundeten neben organisatorischen Fragen die Tagung ab. Wie weit ihr eigentliches Ziel erreicht wurde, eine möglichst breite Basis für die Arbeit in der Öffentlichkeit zu gewinnen und möglichst nachdrücklich in die Politik einzugreifen, müssen die nächsten Wochen und Monate ergeben.

Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, Nr. 266, 13. Nov. 1951

*

Wirtschaftspolitische Gewissenserforschung und tätige Reue

„Die totale Planwirtschaft, die totale Sozialisierung oder die Zentralverwaltungswirtschaft (letzte Definition stammt von Walter Eucken) ist notwendiger- und unvermeidlicherweise gekoppelt mit der totalitären Staatsform.

Die schrittweise Entwicklung zur Sozialisierung (zur Zentralverwaltungsherrschaft schlechthin) kann sich noch auf dem Boden der Demokratie bewegen, mündet aber zwangsläufig in die volle Sozialisierung, d. h. in die totalitäre Staatsstruktur.

Die freie Wirtschaft alter Art (der Paläo-Liberalismus), die von dem Grundsatz ausging, der Staat hätte sich überhaupt nicht um die Wirtschaft zu kümmern, und schließlich den zur Vordertür hinauskomplimentierten Staat zur Hintertür wieder hereinbat, führt ebenfalls letztlich zur totalen

Zentralverwaltungswirtschaft bzw. zum totalitären Staatswesen. Das deswegen, weil die Wirtschaftsform des traditionellen Big-business-Kapitalismus (auch Laisser faire, Laisser passer-Wirtschaft genannt) unstabil ist. Die Bildung von Monopolen zu ehernen Machtzusammenballungen lösen entsprechende Gegenwirkungen des Staates aus, wobei sich der Staat gleichartiger Gegengewichte bedient. Das führt schließlich über den im vorhergehenden Absatz genannten Weg wieder in die Sackgasse des Totalitarismus."

Thesen Prof. Rüstows auf der Freiwirtschaftstagung in Heidelberg

Die Freiwirtschaftler (der Freiwirtschaftsbund zu Heidelberg), die am Wochenende ihre Bundestagung in Heidelberg abhielten, beschäftigten sich mit der Frage, wie die Wirtschaft aus dieser — von Professor Rüstow eindringlich dargestellten Sackgasse herausmanövriert werden könnte. Der grundlegende Vortrag Professor Rüstows stellte hierbei eine Gewissensforschung der Wirtschaft dar.

Rüstow wies nach, daß nicht nur eine Unterscheidung der Wirtschaftsstruktur östlich und westlich des eisernen Vorhanges bestünde, sondern daß auch diesseits des eisernen Vorhanges sich die Gemüter über das Problem Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft scheiden. Es gäbe bei uns alle nur möglichen Variationen zwischen einer grundsätzlichen Bejahung der totalen Planwirtschaft bis zu dem Gegenteil, d. h. einer völligen Staatsfreiheit der Wirtschaft. Einschränkungen werden von letzteren Kreisen nur dann gemacht, wenn der jeweils Betreffende den Staat für sein Interesse zu Hilfe ruft. „Ich bin jedenfalls einem Exemplar in Deutschland noch nicht begegnet, das mit allen Teilen der heutigen Wirtschaftspolitik einverstanden ist" (Rüstow wortwörtlich).

Der Redner führt das darauf zurück, daß in dem Widerstreit der vielfachen Interessen keines der bestehenden Programme eindeutig durchgeführt werden kann, sondern daß sich jeweils Kompromißlösungen ergäben, die weder von der einen noch von der anderen Seite gewollt sind, noch gutgeheißen werden.

Einen Ausweg aus dieser fatalen Lage sieht Rüstow darin, daß bei dem Neo-Liberalismus, genannt soziale Marktwirtschaft, das Wort sozial rot unterstrichen werden muß und nicht nur über die Überschrift Alt-Liberalismus obendrauf geklebt werden darf. Dadurch würde die soziale Marktwirtschaft, würde der einzig mögliche Ausweg aus dem Totalitarismus im vorhinein diskriminiert werden.

Otto Lautenbach begründete die Forderung nach einer Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, die in sechs Thesen aufgestellt ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung darstellen soll.

Ausgangspunkt des Vortrages Lautenbachs war der Hinweis, daß die soziale Marktwirtschaft — praktisch angewandt — volle Erfolge verbuchen konnte, während alle Wirtschaftsgebiete, in denen sie nicht Anwendung fand (Kohle, Geldmarkt usw.), Ausgangspunkt wirtschaftlicher Schwierigkeiten geworden sind, die jetzt als Vorwand genommen würden, die soziale Marktwirtschaft zu diskriminieren. Rund 70 Prozent unserer

Wirtschaft unterlägen in irgendeiner Form Reglementierung," die den Mangel an Gütern, an Waren, an Geld, an Wohnraum vermehrt, statt ihn zu beseitigen.

Auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft vollende sich der Kreislauf der wirtschaftlichen Sinnlosigkeiten, indem durch Subventionen eine Einengung des Lebensstandards erfolge, während auf der anderen Seite der optische Eindruck erweckt würde, daß die sozialen Lebensbedingungen des Volkes unverändert blieben. Wirtschaftlich gerecht und zweckmäßig wäre jedoch, durch Leistungsansporn — nicht zuletzt über die Preisgerechtigkeit — zu voller Bedarfsdeckung hinzustreben, um sodann einem Preisausgleich nach unten die Wege zu ebnen.

Man soll den Menschen, auch den letzten, nicht durch Almosengabe diffamieren und ihn dadurch als Menschen dritten Grades bezeichnen. Vielmehr ist es erforderlich, dem Menschen die Sicherheit und Freiheit zu geben, damit er für sich und die Seinen in einer solchen Wirtschaftsordnung anständig leben kann und zum vollen Ertrag seiner Leistungen gelangt.

Zur Erhaltung des freien demokratischen Staatswesens sei — wie aus dem vorhergehenden Vortrag Rüstows hervorgeht — eben die soziale Marktwirtschaft erforderlich, nicht nur deswegen, weil sie beste Chancen für gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft gewährt, sondern auch deswegen, weil die Völker diesseits des eisernen Vorhanges ein demokrtisches freiheitliches Staatswesen beizubehalten wünschen.

In dem Hin und Her der verschiedenen Interessen, die im Wirtschaftsleben geltend gemacht werden, sei jedoch erforderlich, daß zur Erhaltung dieser sozialen Marktwirtschaft — und somit der Demokratie schlechthin — diese Wirtschaftsordnung Bestandteil der Verfassung wird. Als Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft sollen folgende Punkte in das Grundgesetz aufgenommen werden:

„Die soziale Marktwirtschaft wird als Wirtschaftsordnung auf gesetzlicher Grundlage eingeführt.

Die staatlichen Organe enthalten sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse innerhalb dieser Ordnung.

Die Bundesregierung deckt ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Einkommen.

Die Länder, Kreise und Gemeinden greifen bei ihren Steuereinnahmen auf Zuschläge auf die Bundessteuern zurück.

Die Märkte für sämtliche Waren und Dienstleistungen einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Preisbildung.

Es dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben werden. Lediglich die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

Die Bundesregierung erläßt keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen, erhebt keine Zölle und zahlt keine Subventionen. Die Devisenwirtschaft ist aufzuheben, der Wechselkurs der Währung ist der Kaufkraftparität zu überlassen."

Mannheimer Morgen Nr. 265, 13. November 1951

Nicht nur Etikett

Kompromisse, von denen eigentlich keiner der Vertreter sich widersprechender Auffassungen über die Wirtschaftsordnung begeistert ist, sind die Folge einschlägiger Auseinandersetzungen in diesen Jahren. Während die östliche Staatsform in Westdeutschland einmütig abgelehnt wird, verurteilt man deren ökonomische Komponente nicht ebenso. Auf dem Bundestag 1951 des 1933 verbotenen und nach 1945 neu formierten Freiwirtschaftsbundes in Heidelberg-Ziegelhausen nannte man diese Kuriosität beim Namen und empfahl die „soziale Marktwirtschaft" als *Ausweg* aus dem Dilemma.

Denn: totale Planwirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft) ist nicht ohne eine totalitäre Staatsform denkbar, ergo abzulehnen. Schrittweise Sozialisierung kann sich zwar zunächst auf demokratischer Basis bewegen (England), erzeugt jedoch zunehmend Reibungen mit noch nicht sozialisierten Gebieten und mündet auf Grund der ihr innewohnenden Dynamik ebenfalls früher oder später im totalitären Bereich. Die dritte These, die des *Laisser-faire, Laisser-aller,* ist nicht minder suspekt. Private Machtzusammenballungen rufen den Staat auf den Plan; er bildet Gegengewichte, verstaatlicht, sozialisiert.

Was ist anzustreben? Echter Leistungswettbewerb ohne Monopol; Durchsetzung dieses Prinzips auch auf den Gebieten, die heute der Konkurrenzwirtschaft noch nicht unterliegen (z. B. Kohle); Herstellung gleicher Startbedingungen für alle unter dem Motto „Jedem das Seine" (nicht: jedem das Gleiche). Ungleichheiten soll es nur infolge ungleicher Leistungen geben. Und nicht zu vergessen: Das Attribut „sozial" muß mehr sein als ein zartrosa Etikett zur beliebigen Verwendung bei lediglich propagandistischem Bedarf: nämlich eine zu praktizierende Verpflichtung.

Die Zeit, Hamburg, Nr. 46, 15. November 1951

*

Der Freiwirtschaftsbund

Daß Staatsform und Wirtschaftsordnung eng zusammenhängen, läßt sich an zahlreichen Objekten nachweisen. Der Marktwirtschaft, wie sie unserer Staatsform am ehesten entspricht, drohen allerdings insofern *Gefahren,* als sich immer stärker die Tendenz ausbreitet, die private Initiative auszuschalten und dem Staat einen entsprechend größeren Einfluß einzuräumen.

Der *Freiwirtschaftsbund,* der am vergangenen Wochenende in Heidelberg seinen Bundestag abhielt, hat konkrete Vorstellungen darüber, wie die Gefahren, die unserer Volkswirtschaft drohen, weitgehend ausgeschaltet werden können. In einer „Magna Charta" fordert er die konsequente Verwirklichung einer „echten sozialen Marktwirtschaft" unter Wahrung persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Der Bund, der sich das Gedankengut von Silvio Gesell zu eigen gemacht hat, lehnt alle Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf sowie die Anwendung von Zwangsmitteln ab und fordert die Wiederherstellung der Marktfreiheit auf allen

Gebieten, damit nicht die gesunden Teile des ökonomischen Organismus durch die kranken — z. B. die Kohlenwirtschaft — infiziert werden. U. a. soll auch die jede Leistungssteigerung hemmende Steuergesetzgebung einer Revision unterzogen und die Devisenzwangswirtschaft aufgehoben werden, der Staat soll außer über den Diskontsatz der Notenbank keinen Einfluß auf Zinssätze oder Kapitalverwendungen nehmen, keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen und seinen Finanzbedarf lediglich aus direkten Steuern auf die Einkommen decken. Der Freiwirtschaftsbund möchte sein Programm bis zum Abschluß der gegenwärtigen Regierungsperiode realisiert sehen.

Rheinischer Merkur, Köln, Nr. 47, 16. November 1951

*

Freiwirtschaftsbund fordert freie Märkte auf allen Gebieten

Der Freiwirtschaftsbund, eine Vereinigung, die den Gedankengängen des Schweizer Nationalökonomen Silvio Gesell folgt, veranstaltete in diesen Tagen in Heidelberg den „Bundestag 1951". Der Freiwirtschaftsbund bestand bereits vor 1933; er wurde durch die Nationalsozialisten verboten und 1945 neu gegründet. Zu den wesentlichsten Zielen Silvio Gesells gehört die Indexwährung, also eine Währung mit stabiler Kaufkraft, ferner eine Zurückdrängung des Staatseinflusses aus allen Bereichen der Wirtschaft mit Ausnahme der Verteilung des Bodens. In einigen Punkten berührt sich die Lehre Gesells mit den Forderungen des klassischen wirtschaftlichen Liberalismus.

Der Freiwirtschaftsbund hat das ursprüngliche Programm heute teilweise etwas korrigiert und den Zeitverhältnissen angepaßt. Das erklärte Ziel ist heute, die „soziale Marktwirtschaft" in unverfälschter Form durchzusetzen. Darunter versteht der Freiwirtschaftsbund offenbar den Verzicht auf staatliche Intervention, auch in Bereichen, in denen sie heute selbstverständlich erscheint. Das kam in den in Heidelberg gehaltenen Reden zum Ausdruck, vor allem auch in der von dem Freiwirtschaftsbund veröffentlichten „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft". Weniger deutlich wurde, wie gerade der soziale Charakter der Marktwirtschaft auf diese Weise durchgesetzt werden soll. (Es sprachen u. a. Otto Lautenbach, der Vorsitzende des Bundes, Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg, Nationalrat Werner Schmid, Zürich, und Dr. Ernst Winkler, München.)

In der „Magna Charta" heißt es u. a., die staatlichen Organe sollten sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung solle ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die Einkommen decken. Sämtliche Märkte sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen, einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft. Weder die Kapitalverwendung noch die Zinssätze sollten vorgeschrieben werden außer dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung solle keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenbewirtschaftung solle aufgehoben werden.

Die Konsequenz, mit der hier ein Programm des wirtschaftlichen Liberalismus verkündet wird, ist bemerkenswert. Es wird immer überzeugte

Anhänger der liberalen Theorie geben, die der Meinung sind, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämen gerade daher, daß die Forderungen des Liberalismus nicht konsequent genug verwirklicht würden. Zweifellos spricht auch manches für diese Auffassung. Mit Sicherheit läßt sich aber voraussagen, daß dafür heute weder in der Regierung und dem Parlament, noch in der Bevölkerung eine Mehrheit zu finden sein würde. Die praktische Politik wird daher nach wie vor auf möglichst günstige Kompromißlösungen bedacht sein müssen.

Handelsblatt, Düsseldorf, 21. November 1951

*

Aufruf zur sozialen Marktwirtschaft

Wer die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung betrachtet und sich daran erinnert, daß die Regierungsparteien den Wahlkampf unter der Parole der „sozialen Marktwirtschaft" geführt haben, könnte fast verzweifeln angesichts der Fülle der erhalten gebliebenen und neu errichteten zwangswirtschaftlichen Regelungen. Besonders in letzter Zeit, in der die Wirtschaftsgesetzgebung zunehmend unter den Einfluß von Interessenverbänden geraten ist und die Praxis zweifelhafter parteipolitischer Kompromisse in Wirtschaftsfragen die Regel geworden zu sein scheint, vor allem aber seit der Kanzler selbst durch seine ständigen Teilzugeständnisse mal an die eine, mal an die andere Seite, wichtige wirtschaftliche Entscheidungen vorwegnimmt, ist von einer einheitlichen politischen Grundlinie in Richtung auf die soziale Marktwirtschaft kaum mehr etwas zu spüren. In dieser Situation war es durchaus angebracht, daß der Freiwirtschaftsbund seine diesjährige Tagung in Heidelberg unter das Motto „Mut zur sozialen Marktwirtschaft" stellte. Gerade in jüngster Zeit scheint man allmählich zu vergessen, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge seit 1948 entscheidend von dem mutigen Übergang der Erhardschen Wirtschaftspolitik zur freien Marktwirtschaft abhingen und daß die wichtigsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Versorgungsengpässe und das Dilemma des Kapitalmarktes, gerade durch Beibehaltung von Preisbindungen und Marktregelungen entstehen konnten. Es gibt kaum etwas Gefährlicheres als jener, im Kabinett und bei manchen Parteien weit verbreitete Defaitismus gegenüber der Marktwirtschaft, der diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch neue Staatseingriffe Herr werden zu können glaubt. Prof. Dr. Rüstow hat in einem der interessantesten Referate der Tagung die verhängnisvollen Konsequenzen dieses Irrglaubens gezeigt, man könnte auf die Dauer in einer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung zwangswirtschaftliche Teilbereiche ohne Schaden aufrecht erhalten. Es gilt, der geschilderten Tendenz, die „Unordnung" an den Grenzbereichen zwischen freiem Markt und reglementiertem Sektor durch Einbeziehung immer weiterer Bereiche zu beseitigen, durch eine mutige und entschiedene Wendung der Wirtschaftspolitik entgegenzutreten, indem Raum für die Entwicklung einer echten sozialen Marktwirtschaft geschaffen wird. Dazu ist es aber erforderlich, daß man das Attribut „sozial" nicht nur als schönes, aufgepapptes Etikett versteht, sondern bereit ist, für die soziale Idee Opfer zu bringen, um damit im wohlverstandenen eigenen Interesse die wirt-

schaftliche und persönliche Freiheit gegenüber dem Ansturm der sozialistischen und totalitären Mächte auf die Dauer erhalten zu können. Es ist ferner nötig, daß an die Stelle der Machtkämpfe zwischen monopolistischen Interessenverbänden, seien es nun staatliche oder private Wirtschaftskartelle, Einheitsgewerkschaften oder ähnliches, der ungehinderte Leistungswettbewerb als stärkster Wirtschaftsmotor tritt, also eine Monopolbekämpfung die „Startgleichheit" für jeden herstellt. Der Freiwirtschaftsbund hat in diesem Kampf nun erneut die Initiative ergriffen und eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" vorgelegt, die als Grundgesetz der Wirtschaft von den gesetzgebenden Körperschaften erlassen werden soll und die freie Wettbewerbsordnung für die Bundesrepublik gesetzlich verankert. Die Bundesregierung soll damit ermächtigt und verpflichtet werden, die Wirtschafts- und Rechtsordnung dementsprechend zu modifizieren. Wenn es auch sehr fraglich erscheint, ob die Befreiung von allen staatlichen Eingriffen für die im einzelnen aufgeführten verschiedenen Wirtschaftsbereiche, die den bekannten Forderungen des Freiwirtschaftsbundes entsprechen, alle verwirklicht werden können oder überhaupt zweckmäßig sind, so sollte diese Initiative doch ein ernster Aufruf an die Verantwortlichen sein, sich auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft zu besinnen. Man mag zur Freiwirtschaftslehre im einzelnen stehen wie man will, ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur Wirtschaftsfreiheit verdient die Unterstützung aller freiheitlich gesinnten, auf dem Boden der Privatwirtschaft stehenden Menschen.

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung,
Frankfurt, Nr. 46, 17. November 1951

•

Vom Bundestag des deutschen Freiwirtschaftsbundes

Von Freitag bis Sonntag tagte in Heidelberg-Ziegelhausen, in der herrlich gelegenen Stiftsmühle, der „Freiwirtschaftsbund". Das zahlreich erschienene Publikum, unter dem man prominente Vertreter der Wirtschaft und Bundestagsabgeordnete bemerkte, nahm Vorträge von Dr. Ernst Winkler, Professor Dr. Alexander Rüstow und Otto Lautenbach zum Problem der volkswirtschaftlichen Ordnung entgegen. Alle drei Redner konnten überzeugend dartun, daß mit der Entscheidung für die politische Demokratie — die Westeuropa getroffen habe — logischerweise der Wille zur sozialen Marktwirtschaft verbunden werden müsse. Soziale Marktwirtschaft sei zunächst freie Wirtschaft; sozial werde sie dadurch, daß sie sowohl wirtschaftliche Monopole, also Vormachtstellungen, als auch wirtschaftliche Krisen vermeide. Die freiwirtschaftlichen Redner Dr. Winkler und Lautenbach stellten in diesem Zusammenhang ihre besonderen Anliegen auf währungspolitischem Gebiete dar, die in der Forderung nach Einordnung der Bundesbank in die Politik der Kaufkraft- und Konjunktursicherung ausmündeten. Ein Telegramm des Herrn Bundeswirtschaftsministers gab dessen Zustimmung zu den vom Freiwirtschaftsbund vertretenen Grundsätzen bekannt, machte aber Vorbehalte hinsichtlich der währungspolitischen Konzeptionen des erwähnten Bundes. In einem mit größter Aufmerksamkeit angehörten Referat äußerte sich sodann, von

schweizerischer Warte aus, Herr Nationalrat Werner Schmid zur Frage der Außenpolitik. Dieses Referat gab einem CDU-Abgeordneten in der Diskussion Gelegenheit, Berührungspunkte zwischen der Auffassung des Referenten und der Politik des Bundeskanzlers herauszustellen, wobei er nicht nur die Geschicklichkeit der deutschen Außenpolitik unter Adenauer hervorhob, sondern auch die wertvollen Ausführungen des Gastreferenten aus der Schweiz unterstrich, dem er hohes Lob zollte. Die übrigen Referate hatten internen Charakter.

Der Freiwirtschaftsbund dürfte mit diesem Bundestag, der thematisch wie durch den auffallend starken Besuch aus anderen Lagern und Gruppen den bisherigen Rahmen derartiger Veranstaltungen sprengte, die Isolierung überwunden haben, in welche eine allzu starke Betonung wirtschaftstechnischer Rezepte diese interessante Bewegung in den Vorkriegsjahren geführt hatte.

Freies Volk, Wochenzeitung für das Schweizervolk, Bern
Nr. 46, 16. November 1951

•

Vorbehalte und Berührungspunkte

Professor Erhard sprach nicht — wie angekündigt — auf der Heidelberger Tagung des Freiwirtschaftsbundes, sondern sandte ein Telegramm, in welchem er zwar den vom Freiwirtschaftsbund vertretenen Grundsätzen der freien Marktwirtschaft zustimmte, aber Vorbehalte machte hinsichtlich der währungspolitischen Konzeptionen dieses Bundes.

Aber gerade diese Vorbehalte sind der Grund, warum die Erhardsche Politik scheitert.

*

Alt-Nationalrat Werner Schmid, Präsident der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz, hielt am Bundestag des Freiwirtschaftsbundes in Heidelberg ein Referat über die Frage der Außenpolitik. Ein CDU-Abgeordneter stellte darauf Berührungspunkte mit der Politik des Bundeskanzlers Adenauer fest. Die FSU hat mit der Adenauerpolitik keine Berührungspunkte.

Der freie Mensch, Wochenzeitung für freisoziale Ordnung,
Nr. 47, 23. November 1951

•

„Magna Charta" der Marktwirtschaft

Als „Grundgesetz der Wirtschaft" wurde anläßlich der hier am Wochenende veranstalteten Bundestagung 1951 des Freiwirtschaftsbundes eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" gefordert. Diese soll von den gesetzgebenden Körperschaften erlassen werden und die Stellung einer Wirtschaftsverfassung einnehmen. Dem Programm des Freiwirtschaftsbundes zufolge, soll die Bundesregierung verpflichtet werden, innerhalb von drei Jahren nach Verkündung der „Magna Charta" alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Grundgesetz widersprechen, außer Kraft zu

setzen. An ihre Stelle sollen solche Gesetze treten, die die Grundsätze der „Magna Charta" erfüllen.

Der Bund betont, daß die „soziale Marktwirtschaft" nicht durch Einzelmaßnahmen erreicht werden könne, die zumeist unter wechselnden und sich täglich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Konstellationen von Macht- und Interessengruppen stünden. In einer „sozialen Marktwirtschaft" müßten sich staatliche Organe jeden Eingriffes in den Wirtschaftsablauf enthalten, solange sich dieser innerhalb der gesetzlichen Ordnung der „Magna Charta" bewege.

Der freie und unbehinderte Wettbewerb sei allerdings auch unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art. Soweit Monopole nicht dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung erliegen würden, müsse die Bildung von Wirtschaftsmonopolen durch Gesetze wirksam unterbunden werden.

Die Bundesrepublik darf dem Freiwirtschaftsbund zufolge in einer „sozialen Marktwirtschaft" ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf das Einkommen decken. Die Länder und Kommunalverbände sollen ihren Finanzbedarf ausnahmslos aus Zuschlägen zu diesen Bundessteuern bestreiten.

Die Freiheit der Märkte und der Preisbildung müsse durch Gesetz gesichert werden. Auch der Kapitalmarkt müsse vollständig frei sein. Insbesondere dürften weder Zinssätze noch die freie Kapitalverwendung obrigkeitlich vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden.

United Press in Kasseler Post Nr. 265 vom 13. November 1951
und weiteren Zeitungen des In- und Auslandes

•

„Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft"

Der Freiwirtschaftsbund hat auf seinem Bundestag in Heidelberg eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" bekanntgegeben, die von den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes erlassen und von der Bundesregierung innerhalb von drei Jahren durch Gesetze verwirklicht werden soll. Der Freiwirtschaftsbund wurde nach dem Kriege in Stuttgart neu gegründet und vertritt die Ideen von Silvio Gesell und wünscht eine „echte soziale" Marktwirtschaft. In der Charta wird unter anderem gefordert, daß die staatlichen Organe sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung soll ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Einkommen decken. Die Märkte für sämtliche Waren und Dienstleistungen einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen. Es sollen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben werden, abgesehen von dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung soll keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen erlassen, keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenwirtschaft ist aufzuheben und der Wechselkurs der Währung ist der Kaufkraftparität zu überlassen.

Deutsche Presse-Agentur in „Hanauer Anzeiger" Nr. 266 v. 14. Nov. 1951
und einer großen Anzahl anderer deutscher Blätter

BLÄTTER DER FREIHEIT

Halbmonatsschrift für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft

Herausgeber Otto Lautenbach

Bezugspreis vierteljährlich DM 3.- zuzüglich 18 Pfg. Zustellgebühr

Jahresbezug DM 12.- portofrei

VITA-VERLAG

HEIDELBERG-ZIEGELHAUSEN

Postscheck Frankfurt 114245

Fragen der Freiheit

I–II/2006
Heft 273/4

Ordoliberalismus und Freiwirtschaft

Ernst Winkler

FREIHEIT – ODER?

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft"

Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

Sonderdruck FRAGEN DER FREIHEIT

INHALTS- ÜBERSICHT

I. Notwendige Vorbemerkungen Seite

1. Der Titel 1
2. „Soziale Marktwirtschaft" 4
3. Ihre ideengeschichtlichen Ursprünge 5
4. Das freiwirtschaftliche Ideengut 7
5. Aus der Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung 9

II. Geschichtliche Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung 10

1. Vorgeschichte 10
2. Entwicklung 1912-1933 14
3. Unter Hitlers Herrschaft 23

III. Neu gegründeter Freiwirtschaftsbund und Neuordnung Deutschlands

1. Neubeginn (Freiwirtschaftsbund) 28
2. Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland 32
   2.1 Interzonale Koordination 32
   2.2 Freiwirtschaftsbund in der amerikanischen und der französischen Besatzungszone 34
3. Übergeordnete und abhängige Organisationen
   3.1 Internationale Freiwirtschaftliche Union 37
   3.2 Vom Freiwirtschaftsbund gegründete Organisationen..... 40

4. Politische Aktionen für die Neuordnung Deutschlands
4.1 Werbung in Wort und Schrift 42
4.2 Eingaben und Denkschriften 45
4.3 Weitere Initiativen 50
4.4 Diskussionen und Verhandlungen 52

IV. Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft" ... 56
1. Zweckbündnis mit den Neoliberalen 57
2. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 60
2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft 60
2.2 Erste Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft 64
2.3 Zweite Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft 68

3. Nach Lautenbachs Tod 74
3.1 Kursänderung der Aktionsgemeinschaft
Soziale Marktwirtschaft 74
3.2 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft 77
3.3 Ende des Freiwirtschaftsbundes 81

V. Otto Lautenbach — Persönlichkeit und Werk 82
1. Persönliche Würdigung 83
2. Auszüge aus Reden und Schriften 89
2.1 Über Freiheit und Bindung (1937) 90
2.2 Die Welt am Kreuzweg (1937) 92
2.3 Zielprogramm des Freiwirtschaftsbundes (1942) 93
2.4 Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (1948) 94
2.5 Freiwirtschaftliche Politik im gewandelten
Kapitalismus (1951) 97
2.6 Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft (1951) 99
2.7 Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform (1952) 108
2.8 Die politische Verwirklichung (1952) ..... .112
2.9 Die Ziele der ASM (1953) 116

Es folgt hier ein Auszug von III / 4. bis IV / 3.3 (- 1 - = Originalseitenzahl) ohne Hervorhebungen

Fragen der Freiheit

fragen-der-freiheit.de
Die Schriftenreihe erscheint seit 1957. Sie ist eine Fundgrube von Ideen und Anregungen zur Beurteilung und zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaftsordnung.

Digitalisierte Hefte - Fragen der Freiheit

www.fragen-der-freiheit.de › hefte
14.08.2020 · Auf dieser Seite finden Sie alle Hefte in digitaler Form. Bei den Heften ab Nr. 78 bieten wir in der Spalte "Ganze Hefte" das jeweilige Heft als ...

Inhalt: Fragen der Freiheit

userpage.fu-berlin.de › ~roehrigw › fragen-der-freiheit
Das Seminar für freiheitliche Ordnung e. V. gibt seit Jahrzehnten die Schriftenreihe FRAGEN DER FREIHEIT heraus, die vierteljährlich erscheint (Umfang 64 Seiten ...

Die Schriftenreihe - Fragen der Freiheit

www.fragen-der-freiheit.de › info
26.11.2020 · Die Schriftenreihe Fragen der Freiheit erscheint seit 1957 und wird herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Bad Boll. Die ...

„Fragen der Freiheit“ – Bücher gebraucht, antiquarisch & neu kaufen

www.booklooker.de › Bücher › Angebote
Fragen der Freiheit – Bücher gebraucht, antiquarisch & neu kaufen ✓ Preisvergleich ✓ Käuferschutz ✓ Wir ♥ Bücher!

Im Namen der Freiheit – Was bedeutet Freiheit?

freiheitsarchiv.de
Was bedeutet Freiheit? Was sind die Voraussetzungen von Freiheit? Wie wird Freiheit erlebt? Wodurch wird Freiheit bedroht? Wie kann Freiheit erreicht werden?

Fragen der Freiheit. Schriftenreihe für Ordnungsfragen ... - Amazon.de

www.amazon.de › Freiheit-Schriftenreihe-Ordnungsfragen-Wirtschaft-kult...
Fragen der Freiheit. Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft, des Staates und des kulturellen Lebens. Folge 35. | Vogel, Lothar (Hrsg.) | ISBN: ...

Heft 257 (2001) - Fragen der Freiheit

www.fragen-der-freiheit.de › hefte
19.06.2018 · Wieviel Erde braucht der Mensch? Deckblatt Heft 257. Ich weiß nicht, warum man immer von einer abgesonderten Menschheit spricht. Gehören Tiere, ...

Nachruf für Dr. Ernst Winkler

Dr. phil. Ernst Winkler (†)

Am 26. November 1996 starb in Pullach bei München Dr. Ernst Winkler im Alter von fast 92 Jahren. Das Seminar für freiheitliche Ordnung verliert mit ihm einen Freund und Mitstreiter, der über Jahrzehnte hinweg seinem engsten Initiativkreis angehörte und von dem maßgebende Impulse für seine Entwicklung ausgingen.

Ernst Winkler ist geboren und aufgewachsen in Weißenbrunn bei Kronach und verbrachte einen weiteren Teil seiner Jugend in der Nähe von Günzburg. Erste Fächer seiner Neigung waren Mathematik und Physik, die er auch in Erlangen und München studierte. Außerdem beschäftigte er sich während seines Studiums mit der Philosophie und folgte damit einem Interesse, das ihm sein Leben lang erhalten blieb. Von seinen Fähigkeiten her wäre eine Universitätslaufbahn vorgezeichnet gewesen, die er ursprünglich auch anstrebte. Doch konnte er sich aufgrund seines Freiheitssinnes und seines Strebens nach klaren Linien mit den Intrigen seiner Lehrer bei der Assistentenbestellung nicht abfinden. So verließ er die Universität und trat in den Schuldienst ein. Sein erstes Lehramt übernahm er in Münchberg in Franken. Bald wurde er jedoch an ein Münchner Gymnasium berufen und fand in München und der näheren Umgebung dann auch seinen Lebensmittelpunkt. Er schrieb Lehrbücher und beteiligte sich intensiv an der Lehrerbildung, nicht nur in den erlernten Fächern, sondern auch in Psychologie und Pädagogik. Er war ein umfassend gebildeter Gelehrter, brillant in Wort und Schrift. Unter seinen Kollegen war er beliebt, weil er trotz seiner anerkannten Fähigkeiten – auch in seiner schulleitenden Stellung – bescheiden und stets hilfsbereit blieb; seine Schüler schätzten ihn, auch wenn sein Unterricht höchste Anforderungen an sie stellte.

Ernst Winkler kam in seinem Leben an eine wichtige Weichenstellung durch die Begegnung mit Dr. Paul Diehl, einem Kollegen am Gymnasium, dem er freundschaftlich verbunden war. Diehl war schon lange von der Bedeutung der freiwirtschaftlichen Lehre Silvio Gesells überzeugt und hat-

Anhang **182.24** zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,

die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

0000000000000000000000000000000000000000000000000000

Hinweise

auf die Zusammenarbeit
von
Freiwirtschaftlern
in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
und Ludwig Erhard.

Pressestimmen aus dem Jahr 1951 zur
Magna Charta
der Sozialen Marktwirtschaft

Hinweise
auf Ordoliberalismus und Freiwirtschaft
>Freiheit oder?<

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur
„Sozialen Marktwirtschaft"
Eine Denkschrift für Otto Lautenbach
von Ernst Winkler

Ein Nachruf für Dr. Ernst Winkler
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung:
Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz

te deshalb seinen Freund immer wieder auf diese Wirtschaftstheorie hingewiesen – so lange und offenbar so nachhaltig, daß Winkler schließlich den Entschluß zu einer Widerlegung faßte, ein Vorhaben, das allerdings anders ausging, als er zunächst selbst gedacht hatte. Denn bei dem Versuch, Widersprüche in den Grundannahmen und den Folgerungen der Geldtheorie Silvio Gesells aufzudecken, erkannte und anerkannte er schließlich die innere Konsistenz und auch die Tragweite dieser Gedanken und war zum Schluß von ihrer Richtigkeit überzeugt, ja von ihrer Bedeutung beeindruckt. Resultat dieser Auseinandersetzung war das Buch »Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung«, in dem Winkler die Freiwirtschaftslehre vor allem auch aus dem Gesichtspunkt des Mathematikers untersucht hatte.

Dabei blieb es jedoch nicht. Winkler gehörte nicht zu denen, denen das Wissen genügt. Er schloß sich nach dem Krieg der wiedererstandenen Freiwirtschaftsbewegung an und engagierte sich in ihr an vorderster Stelle. Er gehörte zu den Mitbegründern und zum Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), einem Zweckbündnis von Freiwirtschaftlern und Neoliberalen, dem auch so prominente Persönlichkeiten wie Alexander Rüstow, Franz Böhm und nicht zuletzt – als Ehrenmitglied – Ludwig Erhard angehörten. In dieser verheißungsvollen und durchaus einflußreichen Initiative bekam jedoch nach dem Tode ihres eigentlichen Motors Otto Lautenbach die neoliberale Seite das Übergewicht, ohne daß es gelungen war, ihr die freiwirtschaftlichen Erkenntnisse im notwendigen Maße nahezubringen. Als sich daher abzeichnete, daß die Kapitalismuskritik der Freiwirtschaft in der Aktionsgemeinschaft nicht mehr erwünscht war, schied auch Winkler aus dem Vorstand aus.

Winkler hat seinen Lehrern und Mitstreitern Diehl und Lautenbach zwei Darstellungen gewidmet, in denen er die Lebensbilder und das Wirken dieser beiden für ihn so bedeutungsvollen Persönlichkeiten kenntnisreich, verständnisvoll und einfühlsam nachgezeichnet hat. Obwohl Winkler selbst sicher einer der kompetentesten Vertreter der Freiwirtschaftslehre war, lag es ihm nicht, sich in den Vordergrund zu drängen. Es war ihm vielmehr ein Anliegen, das Wirken und die Verdienste ihm nahestehender Persönlichkeiten zu würdigen und im rechten Lichte erscheinen zu lassen. Aus diesem Bedürfnis heraus ist die Schrift »Freiheit?« entstanden, eine Denkschrift für Otto Lautenbach, in der er 26 Jahre nach dessen Tod die »Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur Sozialen Marktwirtschaft«sowie die Verdienste Otto Lautenbachs dargestellt hat. Und aus ähnlichen Motiven ist auch die Broschüre »Aufstieg oder Untergang« entstanden, in der er ein unvollständig gebliebenes Manuskript und andere Schriften seines Freundes Paul H. Diehl nach dessen Tod veröffentlicht hat in dem sicheren Bewußtsein, damit nicht nur einen nicht mehr ausgesproche-

nen Wunsch seines Freundes zu erfüllen, sondern zugleich den an einer Weiterentwicklung einer freiheitlichen Ordnung interessierten Lesern wesentliches mitteilen zu können.

Von Anfang an gehörte Winkler dem Freundeskreis an, aus dem das Seminar für freiheitliche Ordnung und die »Fragen der Freiheit« hervorgegangen sind. Auf den Tagungen des Seminars war er meist als Referent, für die »Fragen der Freiheit« war er mit vielen Beiträgen als Autor engagiert. Die am Schluß dieser Würdigung aufgeführte Liste seiner Beiträge in »Fragen der Freiheit« zeigt, daß es ihm dabei nicht nur um die Wirtschaftstheorie ging, sondern auch um sozialphilosophische und weltanschauliche Fragen. Als Mathematiker und Physiker war er von den Umwälzungen, die diese Wissenschaften in unserem Jahrhundert erfahren haben, in hohem Maße fasziniert. Die Konsequenzen, die sich daraus für ein modernes Weltbild ergeben, haben ihn sein Leben lang und besonders wieder in seinen letzten Lebensjahren beschäftigt. Daher galt vor allem den Methodenfragen der Natur- und der Sozialwissenschaften immer sein besonderes Interesse.

Vorträge von Ernst Winkler wurden meist zu Höhepunkten der Tagungen. Vor allem konnte er zusammenfassende Darstellungen und Überblicke mit einer Brillanz geben, die gerade auch jüngere Zuhörer zu faszinieren vermochte. Und die zeitlichen Überschreitungen, in die er dabei nicht selten aus Begeisterung über sein Thema geriet, wurden dann auch meist von den gebannt seiner Rede folgenden Zuhörern nicht bemerkt. Aber es war nicht nur das, was er sagte, es war die deutliche Wahrnehmung, daß hier jemand aus persönlicher Überzeugung und mit Engagement für die Sache sprach, die die Zuhörer in seinen Bann zog.

Ernst Winkler wird uns in Erinnerung bleiben als ein Mensch, der von den sozialen und den weltanschaulichen Fragen unserer Zeit tief ergriffen wurde, als ein Mann, der in bewegter Zeit für das stand, was er sagte, und der zugleich immer wieder bereit war, in Frage zu stellen, was ihm bisher wissenschaftliche Überzeugung gewesen war.

*

Aus dem literarischen Werk Ernst Winklers sei hier auf die Beiträge verwiesen, die er in den »Fragen der Freiheit« veröffentlicht hat:

Titel:	Heft
Demokratie und Wirtschaftsordnung	13
Die Grundsätze des freien Kulturlebens	25
Zur Konjunkturpolitik	38

Titel:	Heft
Schwerpunkte einer geistigen Auseinandersetzung Anregungen zur Diskussion der Referate von Sik und Behrens über »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus«	87/88
Überwindung von Entfremdung und Ausbeutung des Menschen – Zugleich eine notwendige Auseinandersetzung mit Marx –	87/88
Demokratie und Autonomie	94
Die Bedeutung des Zinsfußes für das wirtschaftliche Gleichgewicht	101
»Gibt es einen Dritten Weg?«	105
Raum für den Menschen – Rückblick auf die 30. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung	113
Das Problem des Wirtschaftswachstums	115
Was heißt „sozial" in der sozialen Marktwirtschaft	118
Auseinandersetzung mit dem Neomarxismus	119
Paul Heinrich Diehl (10.1.1886–3.1.1976)	121
Grenzen des Staates in der Sozialpolitik	125
Bericht über die Tagung »Inflation und Vollbeschäftigung«	127
Die Währungsfrage als Rechtsproblem	129
Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsplanung	130
Die Gefahr extremistischer Entwicklung durch Ideologisierung des Bewußtseins	131
Wirtschaftsprobleme und Wirtschaftssysteme – Ein Orientierungsversuch im Gestrüpp der Interessen und Interdependenzen	135
Bericht über die Tagung »Die Verantwortung des Menschen«	135
Wettbewerb oder zentrale Planung?	141
Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart – Sieben Thesen (Bei dieser Gemeinschaftsarbeit war Ernst Winkler federführend)	150
Silvio Gesells Zinslehre	167
Wert und Währung	198

Für das Seminar für freiheitliche Ordnung:

Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz

Freiwirtschaft und Ordo-Liberalismus

Fritz Andres

In dieser Schrift wird von zwei Ideenströmen berichtet, die, in ihrem Ursprung und ersten Verlauf voneinander getrennt, in einer für die deutsche Geschichte entscheidenden Phase, nämlich der der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, zueinanderfanden – und sich dabei doch nicht zu der Wirkungsmacht steigerten , die in ihrer ideellen Zusammengehörigkeit veranlagt war.

Die beiden Strömungen: die auf Silvio Gesell zurückgehende Geld- und Bodenreformbewegung, in dieser Schrift meist „Freiwirtschaft" genannt, und der auf Walter Eucken, Franz Böhm und andere zurückgehende Ordoliberalismus, der die gedankliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft lieferte und zu jener Zeit (und auch in dieser Schrift) oft „Neoliberalismus" genannt wurde – eine Bezeichnung, deren weitere Verwendung unzweckmäßig geworden ist, nachdem heute unter „Neoliberalismus" so ziemlich das glatte Gegenteil dessen verstanden wird, was die Ordoliberalen als ihren Weg angesehen hatten.

Beide Strömungen verfolgten das gleiche Ziel: die Errichtung einer von privater Macht und Ausbeutung befreiten Gesellschaftsordnung. Sie näherten sich ihm zwar auf unterschiedlichen Wegen: die Ordoliberalen durch die Errichtung und Pflege der Wettbewerbsordnung, die Freiwirtschaft durch eine Reform der Geld- und Bodenordnung. Aber diese Wege ergänzten sich bestens. Das wurde in der Nachkriegszeit auf beiden Seiten, wenn auch mit unterschiedlicher Deutlichkeit, erkannt. Daher schloß sich ein maßgeblicher Teil der Vertreter beider Strömungen zu einem politischen und propagandistischen Zweck- und Aktionsbündnis, der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) zusammen mit dem Ziel, gemeinsam auf die Gestaltung der noch jungen Bundesrepublik, insbesondere auf die anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen, Einfluß zu nehmen.

Die treibende Kraft dabei war Otto Lautenbach, der auf freiwirtschaftlicher Seite maßgebende Akteur. Er wurde der erste Vorsitzende und Geschäftsführer der ASM. Doch Lautenbach starb 1954. Mit seinem Tod endete sehr bald der freiwirtschaftliche Einfluß in der ASM – und damit die Chance, die Idee des Ordoliberalismus mit der der Geld- und Bodenreform substanziell zu verbinden. So kam der freiwirtschaftliche Beitrag zu einer macht- und ausbeutungsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht zum Zuge und die Soziale Marktwirtschaft blieb letztlich eine – wenn auch gebändigte – kapitalistische Wirtschaft. Die Chance für eine Marktwirtschaft *ohne* Kapitalismus (und ohne Feudalismus) ging vorüber.

Der „Berichterstatter", Dr. Ernst Winkler, war Mitglied des Gründungsvorstands der ASM und in den entscheidenden Jahren in der gemeinsamen Initiative einer der wichtigsten Mitwirkenden. Seinen im Jahr 1980 verfaßten Bericht hat er Otto Lautenbach gewidmet.

Die Seitennummerierung dieses Heftes entspricht von Seite 1–123 der ursprünglichen Veröffentlichung.